Nummer 581

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Abendausgabe · Preis 25 Goldpfennig. 69. Jahrgang

Donnerstag, 20. Dezember 1923

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 27.

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55/56
GRUNDSTÜCKE

Gefahr für die gefangenen Ruhrdeutschen!

Das Sträflingslager in Cayenne.

Von drei deutschen Lesern unsres Blattes in Curacao, Holländisch-Westindien, erhalten wir eine Zuschrift, in der wertvolle Mitteilungen über die Zustände in der berüchtigten französischen Gefangenenkolonie Cayenne (Westindien) gemacht werden. Die drei Auslandsdeutschen schicken uns die Uebersetzung eines Aufsatzes aus einer Ausgabe des „Kolonial Weekblad" vom 20. September dieses Jahres. In diesem holländischen Aufsatz heißt es:

„Aus dem Sträflingslager in Cayenne (franz. Guayana).

Das Beispiel des „Nieuwe Rotterdamsche Ct.", welcher einen seiner tüchtigsten Mitarbeiter nach Suriname schickte, und der darüber freimütig Berichte erstatten konnte, hat Nachfolge gefunden. Der „Petit Parisien" hat Albert Londres als außerordentlichen Berichterstatter nach franz. Guayana geschickt, und dieser hat nicht weniger interessante Nachrichten über diese Nachbarkolonie von Suriname gegeben wie der „Nieuwe Rotterdamsche Ct.". Franz. Guayana, besser bekannt unter dem Namen Cayenne, ist ein Verbannungsort sowohl für Verbrecher als auch für politische Verbrecher. Der Schreiber stellt es dar als ein Land, in welchem einige Tausend Verbannte ihr Leben nutzlos verlieren, ohne Ziel, ohne Hoffnung, in elendiger Langeweile, kämpfend gegen Krankheiten, in tötlichem Müßiggang. Ohne Hoffnung, denn, wer die Jahre der Lestrafung hinter sich hat, muß noch einige Jahre weiter bleiben. Wer aber eine Strafe von mehr als 7 Jahren Zwangsarbeit zu verbüßen hat, muß lebenslänglich in der Kolonie verbleiben. Die so nach 7 Jahren erlangte, begrenzte Freiheit ist — so wie A. Londres es fühlen läßt — eine Hölle, wovon man in Frankreich keinen Begriff hat. — Das folgende entnehmen wir „Het Vaderland" vom 20. August bezüglich derselben Angelegenheit:

Während der Strafzeit werden sie schlecht ernährt, gekleidet und untergebracht, alles so dürftig wie möglich. Nur wenn sie einflußreiche Freunde haben, kommen sie in die Stadt. Sonst leben sie als Arbeiter bei den Wachposten, am Rande der Wildnis, wo sie ein furchtbarer Malaria zu Grunde gehen. Einer dieser Männer sagte zu dem Berichterstatter, daß es viel besser wäre, wieder ins Sträflingslager zurückzukommen. Das Leben dieser Menschen ist so entsetzlich, daß man dem Berichterstatter kaum glaubt. In einem Zustande tierischer Verschmutzung, 30 Menschen zusammen in einem Raum eingepfercht, verbringen sie ihre Zeit mit Kartenspielen. Alle laufen herum mit nackem Oberkörper, tätowiert mit allerlei Wörtern, die ihrem Unglück Ausdruck geben, und mit schmutzigen, zweideutigen Ausdrücken. Das „bagno" ist keine Strafanstalt, sagt Albert Londres, fordern ein Platz, an dem planlos das menschliche Leben befördert wird. Langsam gehen alle zu Grunde. Weit in der Wildnis liegt Posten 24. Londres ist dort mit dem Gouverneur gewesen, um den Weg zu sehen, der dort gebaut wird. Aber einen Weg gibt es in ganz Guayana nicht; nach 60 Jahren Arbeit sind dort etwa 24 km fertig geworden, die auch nicht zu gebrauchen sind. Unter Aufsicht von Aufsehern arbeiten die Sträflinge darauf unter dem mordenden Klima. Die Fäulnis überall wund, die Nägelwurmkrankheit alle befallen, alle leiden an Bauchkrankheiten.

Londres betrat einen Käfig, in welchem von 100 Mann in einer Arbeitsabteilung 48 Mann im Fieberwahnsinn lagen, unter Mosquito-Netze, aber so, daß Arme und Beine außerhalb des Bettes mit Schwärmen von Moskitos bedeckt waren. Die anderen arbeiteten beim Umhauen der Bäume, zur Anlage des neuen Verkehrsweges.

Ein weiteres Beispiel für die dortigen Zustände: „km 10" ist ein geschichtlicher Punkt. Der Aufseher — und immer wieder hören wir, daß der Berichterstatter dergleichen unerhörte Fälle aufzählt — ist ein Halbidiot. Wer am Posten vorbei muß, macht am liebsten einen weiten Umweg, denn der Irrsinnige hat ein Gewehr, mit dem er gern aus seiner Tür heraus in die Runde schießt ... Er hat den Krieg mitgemacht.

Die Herren kamen an diesem Posten vorbei und sprachen mit dem Unglücklichen. Er war dabei, lange Streifen aus frischem Fleisch zu schneiden, in schmalen Streifen, welches er dann mit Kamphor einrieb, um es gegen Verderben zu schützen. Diese Herrlichkeiten bewahrte er sich auf und schickte sie einmal die Woche in einer Kiste seinen Freunden nach Cayenne. Der Gouverneur und der Berichterstatter hörten dies von dem Umstehenden. Man bedenke dabei, daß dieses Fleisch die Ration war für die ganze Arbeitsabteilung und daß die übrigen sich damit zufrieden geben mußten mit den Knochen und dem, was noch daran war.

In nicht langer Zeit werden zahlreiche Deutsche Zwangsarbeit dort verrichten müssen, nach ihrer Aburteilung wegen ihres passiven Widerstandes. Man kann sich vorstellen, was solch ein Leben für gebildete Menschen bedeuten muß, ganz abgesehen von ihrer Nationalität. — Schon durch die Angelegenheit Drenus ist das Interesse auf die nahe gelegene „Isle du Salut" gelenkt.

Eine ernstliche Untersuchung nach den Briefen im „Petit Parisien" scheint dringend notwendig — so schließt „Het Vaderland" und dies ist auch das Urteil der französischen Presse, die durch diese Aufdeckungen aufgeschreckt ist."

Unsere Gewährsmänner bestätigen uns die Angaben des holländischen Blattes, die ja zum Teil auch schon aus früheren Schilderungen dem europäischen Publikum bekannt sind. Man weiß in der zivilisierten Welt, daß die Kolonie von Cayenne eine Hölle ist, in der Frankreich seine Strafgefangenen in tierischer Art verkommen läßt — das Frankreich, das sich die zivilisierteste Nation der Welt nennt. Wir Deutschen haben es am Rhein und Ruhr erfahren, daß das heutige Frankreich sich in seinen Taten von Mensch zu Mensch tief unter die Kultur seiner Negertruppen gestellt hat, die sich im vergangenen Sommer der wehrlosen deutschen Bevölkerung gegenüber oft humaner erwiesen haben als ihre weißen Offiziere. Unser Urteil über das sittliche Niveau des heutigen Frankreich steht also fest und wird durch die holländischen Mitteilungen nur bestätigt.

Wie ein Fanal aber muß der Hinweis auf die Gefahr wirken, die den Deutschen, von französischen Kriegsgerichten zu Zwangsarbeit verurteilten Ruhrgefangenen droht. Seit vielen Wochen befinden sich in dem französischen Deportationsgefängnis Saint Martin de Ré eine Anzahl Deutscher, die teils wegen angeblicher Sabotageakte, teils nur, weil sie als Deutsche im passiven Widerstand gegen die französischen Eindringlinge verharrt sind, zu Zwangsarbeit von sechs Jahren bis zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt sind. Ihre Ueberführung in das Deportationsgefängnis Saint Martin de Ré beweist, daß die französische Regierung die Absicht hat, die Deutschen in die Verbrecherkolonie Cayenne zu schicken. Die obigen Mitteilungen bringen uns die Gewißheit, daß in diesem Falle unsere verurteilten Brüder einem grauenvollen Ende entgegensehen würden. Sollten die Herren in Paris es wagen, ihre Absicht auszuführen, so haben die deutsche Regierung und das deutsche Volk die Pflicht, einen Sturm zu entfachen, der auch das zivilisierte Ausland mitreißt und vor dem die französische Brutalität zusammenbrechen muß. Mit dem Schicksal der deutschen Ruhrgefangenen ist, so lange ihnen die Hölle von Cayenne droht, die Ehre Deutschlands unauflöslich verknüpft.

Dr. J.

Das Kabinett Poincaré wieder in Gefahr.

In unserer gestrigen Abendausgabe haben wir auf die soziale und wirtschaftliche Krisis in Frankreich hingewiesen, die jetzt infolge der stark zunehmenden Teuerung akut geworden ist. Die Entwertung des Franken spielt dabei eine große Rolle. Während normal ein nordamerikanischer Dollar 5,1825 Franken gilt, müssen nach dem gestrigen New Yorker Kurs dafür jetzt 19,34 Franken bezahlt werden. Angesichts der im nächsten Frühjahr fälligen Wahlen haben natürlich die französischen Parteien nicht gerade große Neigung, die Forderungen der Staatsbeamten auf Erhöhung ihres Einkommens abzulehnen. Da nun das Kabinett Poincaré jedoch nur ungefähr ein Viertel des von den Beamten geforderten bewilligen will, und deswegen die Vertrauensfrage gestellt hat, so hat es heute, wo die Abstimmung erfolgen soll, eine ernste Gefahr zu bestehen. Diese Gefahr wird selbstverständlich vergrößert dadurch, daß alle Gegner von Poincarés Außenpolitik gerade diesen Anlaß benutzen werden, um die Abstimmung für ihn ungünstig zu gestalten. Wegen außenpolitischer Fragen pflegt man ja in Frankreich Kabinette nicht zu stürzen.

Es liegt folgendes Telegramm vor:

Paris, 20. Dezember.

In der Kammer kam gestern ein sozialdemokratischer Antrag zur Behandlung, wonach den Staatsbeamten die von ihnen geforderte Erhöhung der jährlichen Teuerungszulagen von 700 auf 1800 Francs gewährt werden soll. Der Finanzminister bekämpfte diesen Vorschlag mit der Begründung, daß dadurch dem Staat Mehrausgaben von 1160 Millionen Francs entstehen würden. Wenn aber die Beamten der Departements und die Pensionäre ebenfalls Erhöhung ihrer Bezüge verlangen würden, so würden die Ausgaben noch beträchtlich höher werden. Die Regierung schlage deshalb einen anderen Plan vor, wodurch die jährlichen Mehrausgaben sich nur auf 263 Millionen belaufen würde. Da Herriot erklärte, daß es dem Staat unmöglich sei, gegenwärtig eine so starke Mehrbelastung zu tragen. Die Regierung stelle die Vertrauensfrage und wenn die Kammer die Vorlage des Sozialisten Sebads annehme, so würde man sie mit einer anderen Regierung durchzuführen haben. Es kam jedoch noch zu keiner Abstimmung, und die Kammer beschloß, die Beratung auf heute zu vertagen.

Das französisch-belgische Wirtschaftsabkommen.

Opposition in der belgischen Kammer.

Brüssel, 19. Dezember.

Die belgische Kammer begann heute die Aussprache über das französisch-belgische Wirtschaftsabkommen, das für 18 Monate abgeschlossen ist. Nachdem der Außenminister Jaspar für die Annahme des Abkommens eingetreten war, ergriff der ehemalige klerikale Minister Renkin das Wort, um den Entwurf lebhaft zu bekämpfen. Er erklärte, als die Belgier in Le Havre gewesen seien, habe Frankreich formell versprochen, seinen Handel wie vor dem Kriege wiederherzustellen. Diese Verpflichtung sei nicht eingehalten worden. Für Belgien sei nicht das Reparationsproblem das Hauptproblem, sondern die Aufrechterhaltung seines Handels. Die protektionistische Grippe wüte überall. Die französischen Märkte könnten für die belgische Produktion nur sehr schwer erschlossen werden. Belgien müsse unter diesen Umständen Zollerpressalien ergreifen. Das Wirtschaftsabkommen nennt der Redner eine Kapitulation. Auch wenn man es nur provisorisch annähme, wäre es ein schlechtes Geschäft. Die beste Außenpolitik für Belgien bestehe darin, Handelsverträge abzuschließen, die seinen Export begünstigten. Die Aussprache wurde dann auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Dr. Stamer bei Curzon.

EE London, 20. Dezember.

Der deutsche Botschafter Dr. Stamer hatte gestern im Foreign Office mit Lord Curzon eine lange Unterredung.

EE London, 20. Dezember.

Es heißt, daß anläßlich der Rangerhöhungen gelegentlich des Neujahrsfestes Lord Curzon die Herzogswürde verliehen wird.

Vor einer neuen Abrüstungskonferenz?

Paris, 20. Dezember.

„New-York Herald" meldet aus Washington: Möglicherweise werden die republikanischen Mitglieder der Marineausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses Präsident Coolidge als Ergebnis ihrer zur Zeit schwebenden Beratungen vorschlagen, eine neue Abrüstungskonferenz einzuberufen, die sich insbesondere mit der Luftfahrt und den U-Booten zu befassen hätte. Doch werden die in Betracht kommenden Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses nichts unternehmen, ehe Präsident Coolidge seine Zustimmung erklärt hat. Ihre Vorschläge können möglicherweise dadurch feste Gestalt annehmen, daß die im letzten Marinehaushalt festgelegten Vollmachten geltend gemacht würden, welche Maßregeln eine weitere Herabsetzung der Rüstungen vorsehen. Der „New-York Herald", der die Durchführung eines solchen Programms bei englischer Unterstützung für gesichert hält, hat eine Umfrage in französischen Kreisen über eine entsprechende Initiative veranstaltet und sich unter anderem am Quai d'Orsay erklären lassen, die französische Regierung sei grundsätzlich zu einer solchen Konferenz bereit, doch erforderten gewisse Einzelheiten natürlich eine genaue Nachprüfung. Frankreich könne nicht mit verbundenen Augen zu einer Konferenz gehen, die auf seine Sicherheit oder auf seine Stellung in den Kolonien von Einfluß wäre. Die französische Regierung, so führt das Blatt fort, habe es mit der Konferenz deshalb nicht eilig, weil diese möglicherweise neue Konflikte hervorrufen würde, welche die Enquete der von der Reparationskommission einzusetzenden Sachverständigenausschüsse durchkreuzen könnten.

Ford verzichtet zugunsten Coolidges.

TU Washington, 20. Dezember.

Henry Ford hat mitgeteilt, daß er nicht länger beabsichtigt, als Kandidat für die kommende Präsidentschaftswahl aufzutreten. Ford fügt hinzu, er werde nach besten Kräften während des Wahlfeldzuges für den jetzigen Präsidenten Coolidge eintreten.

Vor Auflösung des bayerischen Landtags?

eca München, 20. Dezember.

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat angesichts der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes im Landtage nachstehenden Antrag eingebracht: „Der bayerische Landtag beschließt hiermit nach § 31 der Verfassungsurkunde seine Auflösung." Ein weiterer Antrag derselben Fraktion will die Regierung ermächtigen, im Falle der Unmöglichkeit einer Durchführung der Neuwahlen im besetzten Gebiete Bayerns anzuordnen, daß das Ergebnis der im Jahre 1920 vorgenommenen Wahlen der Vertretung dieser Landesteile im bayerischen Landtage so lange zugrunde gelegt wird, bis die Durchführung einer Neuwahl in diesen Landesteilen möglich wird. Von den Sozialdemokraten und Demokraten werden voraussichtlich Anträge eingebracht werden, die zur Sicherung der Wahlfreiheit die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern bezwecken.

Geplanter Anschlag auf Kahr.

TU München, 20. Dezember.

An die Polizeidirektion München gelangten kürzlich Mitteilungen über ein geplantes Attentat auf den Generalstaatskommissar Dr. von Kahr. Die sofort eingeleiteten Erhebungen führten zur Festnahme des jetzigen Schauspielers Hans Berthel, gebürtig aus Sachsen. Berthel, der die Absicht zugab, den Generalstaatskommissar zu erschießen, und zu dem beabsichtigten Zweck auch Erkundigungen eingezogen hatte, wurde dem Gericht übergeben.

Das badische Staatsministerium hat über die Regelung des Staatshaushaltes ein Notgesetz erlassen. Darin ist eine Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der allgemeinen Staatsverwaltung in Goldmark für die Zeit vom 16. 11. 1923 bis 31. 3. 1924 enthalten.

Die Hyänen der Inflation.

Die systematische Hetze gegen die Rentenmark wird in unverantwortlicher Weise fortgesetzt. Es ist klar, daß die Umstellung zur Stabilität alle diejenigen Wirtschaftskreise, die sich einseitig auf die Inflation eingestellt hatten, schwer trifft, und daß dem großen Heer der Börsenspekulanten, das nunmehr brotlos geworden ist, jedes Mittel recht ist, um eine Bresche in die Stabilität zu schlagen. So hat auch die Meldung, daß der Reichsfinanzminister Dr. Luther einen Zusatzkredit bei der Rentenbank beantragt habe, die inflationistische Meute sofort auf den Plan gerufen, die sich nicht einmal scheut, durch eine bewußte Irreführung der Oeffentlichkeit die Ausgabe von Reichsschatzwechseln in Rentenmark als den Beginn einer neuen Inflation zu bezeichnen. Wenn das Reich bei den Banken und bei der Industrie Schulden macht, so wird damit doch absolut keine zusätzliche Kaufkraft geschaffen, denn die Banken und die Industrie müssen ihre Rentenmarkwechsel, die bekanntlich beschlagnahmefrei sind, am Fälligkeitstermin wieder einlösen. Die Kenntnis der einfachsten volkswirtschaftlichen Vorgänge sollte man bei Leuten, die in einer Zeitung schreiben, wirklich voraussetzen können. Hinsichtlich der Forderung des Finanzministers nach einem Zusatzkredit an die Rentenbank ist darauf hinzuweisen, daß das Aufkommen, das sich aus der 4prozentigen Belastung auf Grund des Mehrbeitragswertes ergibt, von vornherein keineswegs feststand und die Summe von 8,2 Milliarden zunächst nur eine ziemlich willkürlich gewählte war, bei der man auch Rücksicht auf den zu erwartenden Bedarf an Zahlungsmitteln genommen hatte. Es hat sich nun ergeben, daß das Aufkommen allein aus dem unbesetzten Gebiet die Höhe von 9,2 Milliarden erreicht, sodaß der Finanzminister die Differenz zwischen 2,4 und 8,2 Milliarden, also 800 Millionen Rentenmark als Zusatzkredit gegen Verpfändung besonderer Steuern verlangte. Wenn die Rentenbank diese Forderung ablehnte, so ist dies offenbar in erster Linie aus Prestigerücksichten für das neue, so stark angefeindete Zahlungsmittel geschehen, dann aber auch, wie wir meinen möchten, aus währungstechnischen Erwägungen, die sich wiederum auf das Zirkulationsbedürfnis bezogen. Von einer neuen Inflation kann deshalb auch in diesem Falle solange keine Rede sein, bis nicht feststeht, daß die 800 Millionen über das berechtigte Maß von Zirkulationsmitteln hinausgeht und ein Zusatzkredit lediglich für Staatszwecke ohne produktive Bürgschaften gegeben werden soll, wie dies s. Zt. bei den Diskontierungen von Reichsschatzwechseln bei der Reichsbank der Fall war.

Die Rentenmark hat, das beweist jeder Tag überzeugender, einen überaus schweren Stand. In den vergangenen Jahren konnten wir zu stabilen Finanz- und Währungsverhältnissen nicht kommen, weil die politischen Strömungen, die beim Kriegsausgange die alten Formen zerschlagen hatten, ohne in der Lage zu sein, neue aufzurichten, die Inflation brauchten, um wirksam bleiben zu können. Es ist sehr bezeichnend, daß sich die Mephistogestalten der Revolutionsjahre schon wieder nahen, offenbar, um den gesunden Grundstein, der eben erst mühsam errichtet worden ist, schleunigst wieder umzustoßen. Ebenso gefährlich wie diese spekulativ-destruktiven Tendenzen sind aber die Strömungen, die mit Sentiments arbeiten, die in unserer bitteren Not auf keinen Fall geduldet werden dürfen. Gegen alle diese Tendenzen, die sich in erster Linie gegen die Rentenmark, als dem jungen Sinnbild der Stabilität in Deutschland, richten, muß mit rücksichtsloser Schärfe vorgegangen werden. Wir bedauern es, feststellen zu müssen, daß dies von der Regierung nicht geschieht. Wir richten an den Reichsfinanzminister Dr. Luther die dringende Mahnung: Landgraf, werde hart!

W. F.

Italiens Anteil am Wiesum-Abkommen.

EE Paris, 20. Dezember.

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, wurden Maßnahmen getroffen, um Italiens Anteil an den nächsten Kohlenlieferungen zu sichern. Italien erhält in der ersten Woche 6000 Tonnen Kohle, in der zweiten Woche vom 23.—29. Dezember 8000 Tonnen Kohle. Mit der Steigerung der Produktion wird auch der italienische Anteil eine Steigerung erfahren. Da die italienische Abordnung in Düsseldorf noch nicht über hinreichendes Personal und Mittel verfügt, um die Kohlenmengen in Empfang zu nehmen, übernimmt die französisch-belgische Kommission vorläufig diese Kohlen weiter, die auf dem Wasserwege nach Italien befördert werden.